



AKKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

Rätselhafte Entlassung
eines Ministers ohne
Begründung

Weitere
nicht stattgefundene
Montagsdemonstration

Steigende Zahl von
Beobachtungen im
Rettungswesen



Der unstillbare Wunsch nach Dummheit

Stadtgespräch

Falls es Sie beruhigt, die Stimmung in Oberjena ist auch nicht besser

Die herrschende Klasse im Kapitalismus ist die Ausbeuterklasse, die Wirtschaft, die sagt, was geht, weil sie die Macht hat. Wegen ihr klafft die soziale Schere immer weiter, und die Abgehängten werden wütend und richten ihre Abscheu auf die Parteien,

die Jenaer Oberschichtler, die Leute mit Angestellten und Steuerberater, die nicht von Ausgaben für Klima leben, zufrieden ihre Vormachtstellung genießen.

Aber das tun sie nicht. Sie maulen und motzen, nicht alle natürlich, aber täten sie es öffentlich, würden sie als lautstarke Minderheit bezeichnet.

Sie machen auch Montagsdemonstrationen, nur nicht jeden Montag und nicht auf der Straße und nicht demonstrativ, sondern als internes Clubtreffen, wo sie sich über den Stand des Wartens auf die Ausrufung einer Wende unterhalten.

Ein Klassenbewusstsein hat ihnen niemand vermittelt, Gesicht zeigen für oder gegen etwas, wenn es nicht staatlich organisiert ist, kann keine Option sein. Vorbild ist wohl

Politiker, Pressesprecher und Kulturschaffenden, damit sie was zum Anfeinden haben.

Das ist der Gesellschaftsvertrag, wie wir ihn kennen.

Die Gesellschaft würde komplett auseinanderdriften, wenn wir nicht die Sozialwissenschaftler und akademischen Versorgten hätten.

Es wäre also anzunehmen, dass

eher die Initiative „Stimme für Jena“, diese sorgte vor drei Jahren für, ja für was, für nichts.

Es gibt Vertretungskammern, aber wie deren Vertreter zu nennen wären, hängt davon ab, welche Definition des Begriffs korrupt man anlegt.

Die Arbeiterklasse hat

nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber die Oberjenaer müssen fürchten, sich ins Abseits des Konsenses der Jenaer Elite zu stellen.

Die Stimmung ist jedenfalls mit dem Wort Stimmung gar nicht mehr zu beschreiben. Aber was will man machen.

Jetzt ist noch nicht hinterher, wenn man immer schon dagegen war.



Oberbürgermeister macht Alltagsrassismus der Jenaer Bürger sichtbar

In seiner oberbürgermeisterlichen Jenafernsehansprache benutzt der Oberbürgermeister den linken Hetzbegriff Alltagsrassismus, er erzählt auch, von wem er solche Wörter aufgeschnappt hat, da war in den Rosensälen so eine Veranstaltung mit jenen höheren Gruppen, die wir für ihren Antirassismus verehren, da ist er hin.

Irgendwie nachvollziehbar; in der langen Zeit nach der Wahl muss der Arme sich nicht um die Jenaer Bürger kümmern oder gar um die, von denen er gewählt wurde, sondern um die, von denen er geduldet wird.

An den Generalverdacht gegen den Alltag, der in Jena nun mal hauptsächlich von den Jenaern bestritten wird, hat man sich gewöhnt. Ein Grund mehr, ihn immer wieder aufzufrischen. Denn wer nun fragt: „Hat der nichts zu tun? Was ist mit Alltagsislamismus? Warum lässt der sich nicht bei denen, die nicht für ihre Probleme bezahlt werden, blicken?“, der ist nun rassistisch, mindestens alltagsrassistisch. ●

Präsentation

Das unter Fans bekannte Schlagertrio „Fantasy“ präsentierte sich in einer Einkaufspassage. Denen, die sie nicht kennen, zeigten sie damit, dass es sie gibt, und denen, die sie kennen, zeigten sie, dass es sie wirklich gibt und sie nicht nur ein Computerprogramm sind.

Anwerbungen

Die Letzte Generation will auch in Jena neue Mitmachende für die Bildung von Ortsgruppen anwerben. Das ist der seltene Fall, dass Letzte Generation und Bildung in einem Zusammenhang genannt werden. Gesucht werden Menschen ohne Geschlecht, die sich an den 1,5-Grad-Pfad kleben, um die Kippunkte nicht durchzulassen.

Reise

Der Oberbürgermeister reist in Jenas Partnerstadt Berkeley. Dort hat die Forschung vielleicht schon neue Erkenntnisse, wie man



die Leute dazu bringt, weniger zu fliegen. Wegen der Abwesenheit musste die gewohnte wöchentliche Videoansprache entfallen, denn aus Klimaschutzgründen hat er sich nicht per Fernsehsatellit in JenaTV zugeschaltet.

Stromausfall

Wegen Stromausfalls in Burgau musste ein Konzert in der Sparkassen-Arena abgesagt werden. Das ist bei den ersten Malen so; sobald die Stromausfälle zur Gewohnheit geworden sind, wird unplugged musiziert.

Befasst

Der Stadtrat hat sich dafür ausgesprochen, dass die Universität ein umstrittenes Studienfach doch nicht abschafft. Dafür ist der Stadtrat zwar nicht zuständig, aber die Studenten können sehen, dass sie in der Politik wahrgenommen und abgebildet werden, wenn sie sich auf das Politikerniveau begeben.



Die Montagsdemonstration fand nicht statt

Eine Landtagsabgeordnete sprach am Holzmarkt zu den Montagsdemonstranten, aber es war nur Dr. Ute Bergner, *Bürger für Thüringen*, mit dem Schnarchthema Aufnahme der Auflösung des Landtags durch Volksbegehren in die Landesverfassung, sie sammelt noch Unterschriften. Die Leute sind bunt und vielfältig, teilweise konträr unterschiedlicher Meinungen, geeint durch die Pluralität und die Meinungsfreiheit, die unser Grundgesetz garantiert. Wo gesellschaftliche Debatte und

Wir haben Informationsgesellschaft, eine Flut an Geschwätz, Eilmeldungen und Infos, Haltungsjournalismus und Kolumnen zum Wochenende.

Diese Presse kann komplett weg. Aber solange ihr das keiner sagt, erfüllt sie ihren Parteauftrag.

Und die Demonstranten haben nichts. Eigentlich stehen sie als mündige Bürger dafür, worum es laut EU im Ukrainekrieg geht, europäische Werte und Freiheit und Demokratie. Den Gegendemonstranten mit Ukraineafahne wurde aber von den Parteileuten gesagt, dass sie gegen Nazis demonstrieren würden. Selber können sie das nicht beurteilen.

Die ihnen das gesagt haben, haben sie angelogen.

Und warum lügen sie?

Weil sie Lügner sind. Sie können nichts und haben, wie alle Lügner, Angst. Angst davor, dass überhaupt etwas anderes als ihre Lügen gedacht und gesagt werden könnte, was nicht

notwendigerweise dann schon die Wahrheit sein muss, so einfach ist die Wahrheitsfindung auch nicht. Die geschieht klassischerweise durch Rede und Gegenrede, darum wird die Gegenrede diffamiert und ausgeblendet. Die Politlügner machen die Angst zum Politikinstrument. Weil sie nicht anders können.

Dass sich die Gegendemonstranten anlügen lassen, liegt an



unserem Bildungssystem, das aufhetzbares Gefolge ausspuckt. Die Politiker haben kein Interesse daran, dass die sich ihre eigenen Gedanken machen. Die Montagsdemonstranten haben dieses Interesse, sie wünschen den Kindersoldaten, sich eigene Gedanken machen zu können, Wunsch und Interesse werden nur nicht mehr von Hoffnung getragen.

Bildungsminister Holter verlautbarte jüngst ein paar Sätze gegen die Abwerbung von Thüringer Lehrern durch Bayern. Dass er die Lehrer weniger gängeln und damit zum Bleiben motivieren könnte, war nicht zu hören. Da wäre er auch schön blöd, er braucht Lehrer und Schüler in Angst.

Die Montagsdemonstranten demonstrieren, dass sie keine Angst haben und dass niemand nötig hat, sich Angst machen und sich anlügen zu lassen.

Das darf nicht sein. Und ist auch nicht, nicht in unseren Medien. ●



offener Meinungs austausch eigentlich stattzufinden hätten, wäre gleich nebenan, in der dort angesiedelten Lokalpresse. Aber wie es zeitungssdeutsch heißt: Fehlanzeige. Wenn in TLZ/OTZ etwas auf Hochtouren läuft, dann kein Demonstrationszug, sondern Vorbereitungen.

Die Presseleute müssten mindestens gucken, ob es Interessantes gibt, was bei kontroversen Themen kaum zu übersehen wäre. Aber sie tun es nicht. Weil die nicht können, weil die nicht wollen oder weil die nicht dürfen? Egal, das spielt keine Rolle, die Presse tut es nicht. Was aber nicht medial stattfindet, findet nicht statt.

Unterdessen ganz unten in der Niedrigpresse:



Zwischenruf: Im Strömungskanal

Martin Debes hat wieder seinen inneren Jungpionier befragt.

Report

Die Grünen delegitimieren ihren Minister, weil sie was Besseres haben, der Ministerpräsident macht mit

Doch, das Uninteressante betrifft uns. Eigentlich wollen wir nichts davon wissen, was Grünlinke miteinander machen und wie sie untereinander umgehen. Aber das sagt etwas darüber, wie sie regieren beziehungsweise herrschen, und das sagt nun wiederum etwas über uns.

Da wurde der grüne Landesminister für Justiz und Migration, das Und verweist darauf, dass es sich um zwei verschiedene Bereiche handelt, Dirk Adams, „aus dem Amt gedrängt“ von seiner Partei, so heißt es. Er wurde von Ramelow entlassen, nachdem er nicht zum freiwilligen Rücktritt bereit war.

Für grüne Durchschnittsmaßstäbe war er nicht sonderlich schlimm. Aber er befand sich auf der Geschlechterskala im ungünstigen Spektralteil. Ihm wurde zum Verhängnis, dass er kein Mann ist. Wäre er mit toxischer Männlichkeit ausgestattet, hätte man sich das wohl nicht gewagt. So entließ Ramelow ihn, weil die Grünen das verlangten. Das kann

als Indiz interpretiert werden, dass man gegen Ramelow mehr in der Hand hat als gegen Adams.

Wir fragten bei der Staatskanzlei an, wie denn, da in der Presse nur von dem Hinausdrängen durch die Grünen die Rede war, die offizielle Begründung für die Entlassung durch den Herrn Ministerpräsidenten laute.

Wurde nicht beantwortet. Die Staatskanzlei verrät uns und Ihnen nicht einmal ihre eigene offizielle Begründung.

Ins Kabinett rutscht eine Frau aus Saalfeld nach, von der es in der Zeitung heißt, sie sei „die erste Schwarze in einer ostdeutschen Regierung“. Erste und ostdeutsche Regierung ist klar, aber was ist gemeint mit Schwarze? Und woran sollte man dies erkennen?

Das fragten wir bei dem Verfasser des Artikels, in dem das stand, erhielten auch von da keine Antwort, was nicht weiter verwunderlich ist, denn wie wir gelernt haben, ist es rassistisch, Schwarze zu sagen, weil es keine Rassen gibt, und man darf gar nicht se-

hen, was man zu sehen glaubt, weil das ein rassistischer Blick ist. Es soll aber gleichfalls rassistisch sein, nicht den phänotypisch bedingten Rassismusopferstatus auf den ersten Blick zu erkennen. Man befindet sich sozusagen immer in einem Quantenzustand, bis ein Linker kommt und sagt: Das ist rassistisch!

Die Saalfelderin hat auch Engagement gegen Rassismus einzubringen mitsamt Rassismuserfahrungen als Opfer, wir vermuten mal, sie wird immer gefragt: „Woher kommst du?“ und muss antworten: „aus Saalfeld“, bitter. Ihr Privileg, in der DDR geboren zu sein, und ihre Kolonialvergangenheit wird sie sicher besser kennen als der mittlere Thüringer.

Auf Anja Siegesmund folgt als Umweltminister der Grüne Landesvorsitzende, Wessi, Theatermensch, Performer, war in Altenburg am Theater. Schön für ihn, dass aus ihm doch noch was wird. Die Fachqualifikation, die man sonst immer braucht, wenn man zu Themen mit Wissenschaftsbezug etwas sagen dürfen will, hat er sozusagen universell, er kann alles spielen. Man versteht auch gleich viel besser, warum das Theater so ist.

Die Antirassismusexpertin in der Regierung wird ein Garant dafür sein, dass noch mehr Rassismus aufgedeckt wird. Vielleicht zuerst bei Dirk Adams, weil er ihren Platz besetzt hatte.

Ramelow will baldigst das Landesamt für Migration aufbauen, und das bedeutet, was es immer bedeutet, nämlich dass Linke mehr Geld kriegen.

So geht es bei Hofe zu, und dann kann man sich vorstellen, was die erst vom gemeinen Volk halten.

ia, nm, vk, bz



Die Unrettfbarkeit ist nah

Im Rahmen der Zeitungsartikel kommt es zu Vernebelungen, so würde die Zeitung selbst in einem der klareren Momente ihr Wirken formulieren.

Die Zeitungen des hiesigen Monopolisten bringen ein Thema, das sich als solches nicht verheimlichen lässt, und verheimlichen durch Geschwätz. „In ganz Deutschland beobachten wir eine zunehmende Aggressivität gegenüber Rettungskräften. Das betrifft nicht nur Helfer im Rettungseinsatz, sondern auch das Personal in den Notaufnahmen“, sagt ein Ärztfunktionär den Zeitungen der Mediengruppe. Die Zeitungen fragen dann auch nicht nach, von welcher Warte aus man zunehmende Aggressivität beobachtet – genau, gar nicht, man bekommt sie zu spüren. Das Wort Beobachtung bedeutet schon Distanzierung und Relativierung, wenigstens nicht mit unserer Geschichte, das geht also.

Nun muss Aggressivität, zumal zunehmende, Täter und Opfer kennen, die Opfer sind umschrieben, mehr Information geht nicht. Die beobachtete Aggression wäre und ist Gewalttätigkeit, und nicht gegenüber, sondern an Personen. Ja sollen wir jetzt deren Namen sagen?

Und es geht weiter mit Umschreibungen um den heißen Sumpf. Die Spannung in allen Bereichen des Gesundheitswesens habe zuletzt deutlich zugenommen. „Die Belastung in den Notaufnahmen verschärft sich durch den wachsenden Personalmangel. Durch die Pandemie hat sich der Trend noch einmal deutlich verstärkt“, so noch wer. Die Spannungen. Sehr spannend. Nur ist das nicht, was geschieht, das ist nicht, was Spannungen tun, zunehmen. Jemand anderes tut etwas. Wachsender Personalmangel, na da haben wir ja jemanden.

Und was tun die Krankenhäuser? Sie sammeln Erfahrungen. „Neun von zehn Krankenhäusern mussten bereits Erfahrung mit

Gewalt gegen ihre Beschäftigten in den Notaufnahmen sammeln“, sagt noch einer. Leute, die was sagen, bilden den Personalmangel schon einmal nicht.

Auch die Situation bleibt nicht untätig, sie verschärft sich: Die Situation habe sich in den vergangenen Jahren verschärft. „Das ist gerade in den Notaufnahmen tagtäglich zu spüren, wenn Zeitdruck, Personalknappheit sowie Ängste und Sorgen der Patienten und ihrer Angehörigen aufeinanderprallen“, sagt ein Vorstandsvorsitzender, klar. Kann man nicht die Vorstandsvorsitzenden als Puffer zwischen Zeitdruck, Perso-

nalknappheit und Ängste/Sorgen der Patienten/Angehörigen in die Aufnahme abstellen?

Eine „Spirale des Stresses“ darf auch nicht fehlen, ein Organisationspräsident benennt sie.

Falsche Überweisungen und Wartezeiten kommen vor, da ist man selbstkritisch.

Wer nicht vorkommt, sind betroffene angegriffene Rettungskräfte. Wozu auch, wenn man Statements wichtiger Leute haben kann.

Wir haben schon genug Aufregung.

Nicht dass noch jemand kleine Paschas sagt. ●



Personen

Durchaus rational begründeter Studentenprotest für den Erhalt eines Schwachsinnfachs



Etwas Anspruchsvolles lernen, studieren, sich Fachwissen aneignen, um die Forschung oder die Technik voranzubringen, das klingt nicht attraktiv, sondern anstrengend, hört sich nicht nach einem erstrebenswerten Ziel an, nicht einmal nach einem angesehenen Beruf, und, das wird wohl niemand in Abrede stellen: das klingt ganz und gar nicht links.

Wer früher, zu DDR- und Sowjetzeit, etwas werden wollte, musste entweder sich parteipolitisch kompatibel zeigen oder sich als besonders fachkompetent erweisen. Heute ist der Bereich der Fachkompetenz stark reduziert, kaum mehr vorhanden in Relation zu der geisteswissenschaftlichen Dominanz, die wir als wir-sind-ein-reiches-Land durchfinanzieren, wie es im Alt-Sozialismus materiell nicht möglich war.

Unsere Studenten studieren auf Empfängeramt von Großbürgergeld, aber ihnen ist kein Vorwurf zu machen, sie passen sich an das Vorgefundene an. Die Letzte Gene-

ration ist die erste, die unter den Bedingungen des Grünen Reiches aufgewachsen ist, sie hat bloß die Wahl, in den Klimaterrorismus zu gehen, was Handarbeit bedeutet, oder einen Posten bei Hofe anzustreben, bei dem man nicht einmal mehr so was können muss. Ja, bei dem man nicht einmal mehr überhaupt etwas können darf. Die Dummheit ist Auswahlkriterium.

Das Studium barg immer schon die Gefahr, zu einem mit dem abfälligen Wort Fachidiot beschriebenen Experten für allein das Fach und sonst nichts zu werden. Man hatte es aber selbst in der Hand, sich nicht auf die reine Fachlichkeit zu beschränken. Das ist anders, wenn das Idiotenfach selbst als Studieninhalt angeboten ist und intellektuelle Beschränktheit verlangt wird.

Die Geschlechtergeschichte, deren Lehrstuhl durch Verzicht auf Neubesetzung eingespart werden sollte, ist nur einer von unzähligen Propaganda- und Kampfstudiengängen, Genderquatsch und

Politsoziologie, Marxismus und Ideologie, neben denen Scientology als intellektuell niveauvolle Lehre erscheint. Das wollen die Studenten und protestieren für den Erhalt akademischer Dekaden, als ginge es um die Bewahrung eines überlebenswichtigen Wissens.

Nicht alle Studenten, aber wie immer die laute maßgebliche machtannaßende Minderheit.

Und vielleicht handelt sie vollkommen rational und nachvollziehbar. Wenn es nichts mehr zu wissen gibt, braucht man das Fake-Wissen. Wenn Unfähigkeit ein Karrierekriterium ist bei Staat und Partei, muss man vorweisen, nicht heimlich doch etwas gelernt zu haben. Wenn das Schiff untergeht, was soll man noch mit Navigationsfähigkeiten?

Das sind die Leute, die uns demnächst regieren, sie haben vorgebracht gekriegt, wie man von der Substanz zehrt.

Substanz zu schaffen, da wären sie ja schön blöd. *ia, sk, bz*

Da lacht die Geschlechtergeschichte



ALS ICH FRAGTE, WIE ES WAR, MEINTE SIE, ICH HÄTTE NICHT GERADE GESCHLECHTERGESCHICHTE GESCHRIEBEN. DAS IST DOCH GUT, ANGESICHTS UNSERER BELASTETEN GESCHLECHTERGESCHICHTE!



IMPRESSUM

Rentnerisches Akrützel, Jenas führende Seniorenzeitung seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Jenaer Senioren an der Informationsgesellschaft

Druck Kein Druck, nur Digitalvernetzung

Geplante Erscheinungsweise so regelmäßig wie möglich

Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund,

verantwortlich im Sinne des Presserechts der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena

Anregungen und Aufregungen an 0175-240 61 81 / Senioren-Akruetzel@web.de

Internetseite www.seniorenakruetzel.blogspot.de

Das politische Fachbuch



Auch dieses Buch wird es nicht herumreißen, Parteien und Fachkommissionen werden es nicht zur Grundlage ihrer Refe-

rate über die Neuausrichtung der gesellschaftspolitischen Mechanismen machen.

Wichtiger indes ist die Darstellung des Zustandes und der Wirkungsweisen, die uns dahin gebracht haben. Wenn man die Seite der Analyse versteht, ist das Konstruktive nachrangig.

Die Autoren scheinen bloß ständig bemüht, dem Vorwurf des Publikums aus dem Weg gehen zu wollen. Der Stil ist der einer Doktorarbeit oder einer soziologischen Abhandlung, die es ja auch ist, aber da wird auf der Ebene umschreibender Begriffe und wichtig klingender Wörter der offizielle Ton gewahrt, da wächst die Rolle und die Bedeutung wird gestärkt, der Anstieg führt zu einer weiteren Gefahr, also alles wie immer. Der titelgebende Typ kommt gar nicht vor.



Dabei hätte er viel zu tun, denn Ideologien haben eine Wirkungsmacht durch Ideologiegeber und Ideologiennehmer; das Emotionale und Manipulative wird, so ist zu befürchten, nicht durch Beschluss weggewünscht werden können, so wünschenswert das Vorhaben auch wäre. ●

Nicht gewählter Südthüringer Direktkandidat „tritt durch sehr radikale Äußerungen in Erscheinung“ – warum widerspricht ihm niemand?



Ein parteiinterner Dissens, wovon normale Menschen sich lieber fernhalten. Aber die Medien nehmen darauf leider keine Rücksicht.

Der letzte Verfassungsschutzpräsident namens Maaßen wird, nachdem er zum Vorsitzenden der Werte-Union, bei der es sich nicht um eine Gliederung der Merkel-Union handelt, hart verurteilt für Gesagtes, Geschriebenes und Getwittertes, unter anderem von seinem Nachfolger, der sich distanziert und ihm vorhält, durch

„sehr radikale Äußerungen in Erscheinung getreten“ zu sein, und vielen anderen Parteileuten. Das Maß sei voll, Parteiausschluss müsse die nötige Konsequenz sein, so ist der Stand der Debatte.

Im Frühstücksradio des Deutschlandfunks wurde der Thüringer Bundestagsabgeordnete und CDU-Landeschef Christian Hirte von der Moderatorin Sandra Schulz dazu befragt. Ja, das Maß ist voll, Parteiaustritt wird nahegelegt, diese Äußerungen seien und so weiter.

Widersprochen hat er nicht.

Soweit wir wissen, gab es noch gar keinen Widerspruch zu dem Gesagten.

Die Moderatorin hat auch keinen Widerspruch erfragt.

Darum baten wir bei Christian Hirte um die Auskunft, warum er nicht Herrn Maßen widersprochen hat und ob es im Vorgespräch eine Vereinbarung gegeben habe, dass er nicht dem von Maßen Gesagten inhaltlich, also auf der Sachebene, widerspricht und nicht danach gefragt wird.

Ferner fragten wir bei der Moderatorin Sandra Schulz nach einer etwaigen solchen Vereinbarung und danach, warum sie keinen Widerspruch zu dem von Maßen Gesagten erfragt hat.

Es ist eben so, dass dies nun doch uns alle zu interessieren hat, weil es uns etwas angeht. Was macht das denn für einen Eindruck, was sollen denn die Leute denken, also wir. Genau, wir wissen, was wir denken sollen, aber warum?

Wir Älteren erinnern uns noch an den Stand des öffentlichen Diskurses, als man noch gesagt bekam, warum man etwas nicht sagen soll und was stattdessen richtig ist. Wir hatten den demokratischen Anspruch, dass unsere Oberdemokraten noch selber wissen und sagen können, nach welchen Maßstäben es geht, denn notfalls müssen wir auch mal alleine entscheiden, was wir nicht sagen, ohne einen Politikexperten zur Hand zu haben.

Aus Parteisicht ist alles ganz logisch; Maaßen selbst ist nunmehr das Argument. Ab jetzt kann es heißen: Das ist ja wie Maaßen! Damit wäre alles gesagt. Was die CDU nicht gebrauchen kann, ist

einer, wegen dem die Grünen so tun können, als würden sie als Koalitionspartner nicht zur Verfügung stehen. Nicht dass Friedrich Merz ja wie Maaßen ist. Darum dürfen die Äußerungen nicht einmal mehr umstritten sein, denn wer sie umstritte, begäbe sich in diskursive Nähe.

Wir können unseren Kenntnisstand nicht ständig aktualisieren,

was nicht gesagt werden darf, weil es jemand anderes hätte auch sagen können oder gesagt hat. Wer geht jetzt? Wer nicht? Das wird immer komplizierter. Wir brauchen Klarheit.

Aber vielleicht stellen wir da bloß zu hohe Ansprüche an uns selbst. Was der Partei nützt, können wir gar nicht entscheiden.

Nils Michael, Bernd Zeller



Jenaer Impressionen



DAS HIGHLIGHT FÜR IHRE GÄSTE, DIE SCHON ALLES HABEN: BEKANNTER KARIKATURIST ZEICHNET ALLE, DIE DAS WOLLEN, ALSO ALLE



IM RAUM JENA ~~AB~~ BIS 300,-EURO
(03641) 619434

Das immer noch
wichtige
Buch



Historischer
Thriller über die
Entführung der
Kanzlerin vor
zehn Jahren

www.solibro.de

ORIGINALE KAUFEN,
SOLANGE SIE NOCH
GÜNSTIG SIND



www.atelierno8.de

Der Klassiker der süßen Kinderbücher

Goldalgie Glitzerstaub

Kostenlos zum Umsonst-Herunterladen als Gratis-PDF für 0,- Euro
Ohne Bezahlschranke auf www.zellerzeitung.de unten bei den Klassikern



Regierung plant Neustart der sozialen Schere

Jetzt ist nicht die Zeit für Pauschalurteile

Das immer weitere Auseinanderklaffen der sozialen Schere ist eins der Hauptprobleme unserer Zeit, lässt sich aber nicht ohne Weiteres in den Griff kriegen. Darum hat die Regierung angekündigt, mit einer neuen sozialen Schere noch einmal von vorn zu beginnen und sie enger klaffen zu lassen. Aber welche Regierung war das jetzt, Landesregierung oder Ampel? Die sehen alle gleich aus und reden gleich, und sie haben auch alle so bescheuerte Namen, wie soll man da wissen, von wem was kommt? In der Informationsgesellschaft ist es nicht leicht, den Überblick zu behalten. Wie die das nur immer selber schaffen. Das Anliegen erfordert jedenfalls breite Unterstützung. Prominente haben zugesagt, ihr Gesicht für eine entsprechende Kampagne zur Verfügung zu stellen.



Blickpunkt muss wieder in den zentralen Fokus rücken



Wann die Zeit für Pauschalurteile wäre, darüber ließe sich trefflich streiten, doch auch für trefflichen Streit ist jetzt die Zeit nicht. Wenn es darum geht, nach vorn zu blicken, kann das nur gemeinsam erfolgen. Wer diesen Konsens stört, spielt das Spiel des Zündelns, dem wir uns mit klarer Haltung widersetzen müssen. Sonst laufen alle Bemühungen, beim Blick nach vorn etwas zu sehen, ins Leere, und wir hinterher. Und dann will es niemand gewesen sein.

Studie mit beunruhigendem Ergebnis: Fakten, die nicht journalistisch bearbeitet werden, können den Falschen das Wasser in die Hände spülen

Fakten sind für Nachrichten das, was Atome für die Materie sind, sie sind zu komplex, als dass sie von Einzelnen verstanden werden könnten. Darum müssen sie, also die Fakten, in ein journalistisches Verständnis eingebettet und den Nutzern vermittelbar vermittelt werden, weil sonst sofort die Falschen zur Stelle sind, die alles, was geht, für ihre Zwecke ausnutzen. Und diese Zwecke können nur falsche sein, so viel ist klar. Mehr Geld für Studien und für die Sicherung der Qualitätshaltungen in Info-Produkten lautet darum die Devise, die so bald wie möglich umgesetzt werden muss.



Falsche (Symbolbild)

TOP10

Wie Sie Klimaterroristen lieber nennen sollten

Klimaterrorist ist als Unwort klassifiziert, man wäre also jemand, der solche Wörter wie die Unwörter benutzt. Hier ist, was Sie stattdessen zu Klimaterroristen sagen sollten

10. Menschen, die früher bekannt waren als Klimaterroristen
9. Überwiegend friedliche Klimaaktivisten
8. Beteiligte an Rangeleien auf beiden Seiten
7. Opfer von Polizeigewalt
6. Klimaschutzstaffel
5. Journalisten, bei denen es nicht zum Journalismus reicht
4. Klimaschwache benachteiligte Gruppen ohne Perspektive
3. Die, wo es nicht an zu wenig Integrationsangeboten liegt
2. Wenn es nicht um Klima ginge, wären sie Terroristen
1. Grüne